

Zwei Millionen für einen Toten

Die US-Regierung entschädigt Terroropfer großzügig – und gerät doch ins Kreuzfeuer.

Muss die Familie eines von Terroristen ermordeten Fensterputzers die gleiche Entschädigungssumme bekommen wie die eines Bankchefs? Welches Preisschild trägt eine Verbrennung dritten Grades, die einen Kerngesunden zum Krüppel gemacht hat? Soll es einen Zuschlag für Schwangerschaften geben, für das durch Flugzeugsbomben zerstörte ungeborene Leben?

„Es war ein kalter, manchmal brutaler Akt, diese Dinge festzulegen“, sagt Kenneth Feinberg, 59. Der Rechtsanwalt aus Washington ist im November 2001, zwei Monate nach Nine-Eleven, vom US-Justizminister John Ashcroft und mit Unterstützung des amerikanischen Parlaments als „Special Master“ eingesetzt worden. Seine Aufgabe: Er sollte die Opfer der Qaida-Attentate auf das World Trade Center und das Pentagon mit staatlichen Geldern abfinden, das unendliche Leid wenigstens finanziell lindern.

Eine freiwillige Leistung der US-Behörden angesichts der schlimmsten je in Amerika begangenen Terrorstat mit fast 3000 Toten war dies – und doch nicht die reine Selbstlosigkeit. Mit dem Akzeptieren des Schecks gingen die Opfer einen Deal ein: Sie verzichteten auf Klagen gegen staatliche Stellen wie die New Yorker Hafenbehörde sowie gegen die Flugsicherheit und die US-Airlines American und United.

Wer wie viel Geld vom Staat bekam, lag im Ermessen des „Victim Compensation Fund“ und seines Chefs. Feinberg kann sich heute zurücklehnen – die Mammutaufgabe ist bewältigt. Vor kurzem wurde der letzte Scheck verschickt, an 5560 Anspruchsberechtigte sind sieben Milliarden Dollar ausbezahlt worden. „Es war ein Erfolg, aber ganz ohne Probleme lief es dann doch nicht ab“, sagt der Jurist.

Feinberg hat ein Minimum von 250 000 Dollar Zahlung pro Sterbefall angesetzt, 100 000 zusätzlich für jedes überlebende Familienmitglied. Die Entschädigung für Verletzte – die meisten Feuerwehrleute – betrug von 500 Dollar für einen gebrochenen Finger bis zu 8,6 Millionen für Schwerstverbrennungen. Im Durchschnitt erhielten Familien der getöteten Opfer zwei Mil-

lionen Dollar, die Verletzten um die 400 000 Dollar. Schwangerschaft war ein Kompensationsplus. Und ja, es gab so etwas wie eine Business-Hierarchie der Toten: Feinberg ließ vom letzten verfügbaren Gehaltszettel ein „erwartetes Lebens Einkommen“ hochrechnen und stufte danach die Schadensersatzzahlungen ab. Das erboste einige, die über „Klassenjustiz“ klagten; andere verbitterte dagegen, dass Feinberg die hohen Lebensversicherungen der Reichen von der staatlichen Endsumme abzog.

Mit über 800 Betroffenen hat der Anwalt Direktgespräche geführt, mit Pakistanern und Polen über Dolmetscher. Der dreifache Vater wirkte dabei nach dem Urteil Beteiligter immer kühl, geradezu aufreizend geschäftsmäßig. Feinberg, in seiner Jugend Laienschauspieler, verzog nicht einmal die Miene, als ihn ein Mann anschrie, der Frau und Nichte in den zusammenstürzenden Twin Towers verloren hatte: „Sie glauben gar nicht, wie schmerzhaft für uns Ihre arrogante Art ist!“

Zwischenzeitlich bildeten die wegen der bürokratischen Verzögerungen beim Entschädigungsprozess aufgebrachten Opfer Selbsthilfegruppen mit Namen wie „Pentagon Angels“. 13 betroffene Familien reagierten trotz mehrfa-

cher Anschreiben überhaupt nicht auf die staatliche Kompensationsofferte – vielleicht, weil sie immer noch zu traumatisiert waren. Aber schließlich waren doch 98 Prozent der Anspruchsberechtigten im Boot des Fonds.

Natürlich gab es Streitfälle. Eine junge Dame aus der Dominikanischen Republik, illegal im Land und mit einem ums Leben gekommenen Restaurantangestellten verheiratet, klagte über dessen Verwandte, die sie bei den Behörden angeschwärzt hatten, um nach ihrer Ausweisung selbst an das Geld heranzukommen. Zwei Männer, die ihre Söhne verstoßen hatten, entdeckten nach deren Tod in den Trümmern ihre Vaterliebe neu, beanspruchten – und bekamen – Entschädigung. Eine Klägerin aus Brooklyn behauptet, sie hätte nicht nur die Wohnung, sondern ihr Leben mit einer vom Terror dahingerafften Maklerin aus den Hochhäusern geteilt – was deren Bruder nicht wahrhaben will und deshalb keinen Dollar vom Entschädigungsgeld herausrückt.

Trotz aller Erleichterung ist Feinberg heute anzusehen, wie ihn das alles mitgenommen hat. Der Schutzpanzer, den er sich aufgelegt hatte, ist abgefallen. „Ich habe die Emotionen bei diesem Fall unterschätzt“, sagt er leise. Im Nachhinein glaubt der „Special Master“, dass es womöglich eine bessere Idee gewesen wäre, alle getöteten Opfer mit einer Pauschalsumme zu bedenken.

Aber hätten die Nine-Eleven-Opfer vom Staat überhaupt entschädigt werden sollen? Da gab es ja auch den Terror von Oklahoma City, am 19. April 1995, als der amerikanische Rechtsradikale Timothy McVeigh die Bundesbehörde im Stadtzentrum angriff und mit seiner Bombe 168 Menschen tötete. Einige der Betroffenen von Oklahoma schrieben Feinberg jetzt böse Briefe. Sie haben nie eine Entschädigung bekommen und sehen nicht ein, warum ein Leben, das von ausländischen Terroristen ausgelöscht wurde, mehr wert sein soll als eines, das einem US-amerikanischen Massenmörder zum Opfer fiel.

Feinberg weiß keine Antwort: „Ich konnte nicht Salomon spielen, das war nicht meine Aufgabe.“



Anwalt Feinberg in New York
„Emotionen unterschätzt“

RICHARD PERRY / NEW YORK TIMES